



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: 11. September 2025, 11.00 Uhr

Kanton Nidwalden rechnet 2026 mit einem positiven Ergebnis

Das Budget 2026 des Kantons Nidwalden prognostiziert ein positives Gesamtergebnis von 2.6 Millionen Franken. In der Hochrechnung für das laufende Jahr wird ebenfalls ein erfreuliches Ergebnis in der Höhe von 16 Millionen Franken erwartet.

Bei einem erwarteten Totalaufwand von knapp 485 Millionen Franken (2025: 455 Mio.) weist das operative Ergebnis im Budget 2026 des Kantons Nidwalden ein Plus von 2.6 Millionen Franken auf. Gegenüber dem Vorjahresbudget bedeutet dies eine Verbesserung um 6.2 Mio. Franken. Das Wachstum bei den Erträgen beläuft sich auf 8.1 Prozent, was auch mit der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen zusammenhängt. Dieses Wachstum kann den steigenden Aufwand von 6.6 Prozent – dies entspricht rund 30 Mio. Franken – abfedern.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen wirkt sich bereits auf die Hochrechnung für das laufende Jahr aus. Anstelle eines Minus von rund 3.7 Mio. Franken wird derzeit von einem positiven Ergebnis von rund 16 Mio. Franken ausgegangen. Dabei profitiert der Kanton zusätzlich von der Gewinnausschüttung der Nationalbank, die höher ausfällt als budgetiert. Finanzdirektorin Michèle Blöchliker betont jedoch, dass es eine grosse Herausforderung ist, dem zunehmenden Ausgabenwachstum Einhalt zu gebieten: «In Zukunft werde sich die Ausfälle der Steuergesetzrevision signifikant auf den Finanzhaushalt des Kantons auswirken.» So hat der Landrat im Juni eine entsprechende Vorlage genehmigt, die Mindereinnahmen in der Höhe von 8.8 Mio. Franken verursacht. Gegen die Vorlage wurde das konstruktive Referendum ergriffen. Ausgehend davon, dass die erforderlichen Unterschriften erreicht werden, wird eine Volksabstimmung notwendig und würden sich die Massnahmen der Steuergesetzrevision frühestens ab 2027 auswirken.

«Die zu erwartenden Ausfälle durch die Steuergesetzrevision erklären zum grössten Teil die negative Entwicklung im Finanzplan 2027, da auf der Aufwandseite von einer weiteren Zunahme ausgegangen werden muss», so Michèle Blöchliker. Gegenüber dem Budget 2026 wird für das Folgejahr mit einem um 11 Mio. Franken schlechteren Ergebnis gerechnet. Dies würde einem

negativen operativen Ergebnis von 8.5 Mio. Franken entsprechen. Im Jahr 2028 würde dieses gemäss Finanzplan gar 10.1 Mio. Franken betragen. Michèle Blöchli geruhigt: «Dank den vorhandenen Konjunktur- und Ausgleichsreserven haben wir den notwendigen Spielraum, um die beschlossenen Massnahmen zu überbrücken.» Gleichzeitig ist sie zuversichtlich, dass diese längerfristig aufgrund der steigenden Steuerattraktivität unterm Strich eine positive Wirkung erzielen.

In naher Zukunft erhöht sich der Investitionsbedarf

Zurück zum Budget 2026: Das Eigenkapital erhöht sich um 5.8 Millionen auf rund 397 Mio. Franken. Der Kanton weist ein Nettovermögen von 4'297 Franken pro Einwohner aus (2024: 4'104 Franken). Die geplanten Nettoinvestitionen belaufen sich im nächsten Jahr auf 23.5 Mio. Franken. In den Finanzplanjahren 2027 und 2028 steigt dieser Wert auf 45.9 respektive 48.9 Mio. Franken an. Hauptanteil daran hat der geplante Neubau einer Dreifachsporthalle am Kollegium in Stans, über dessen Baukredit voraussichtlich im Verlauf von 2026 abgestimmt wird. Im Bereich der Kantonsstrassen liegen die Nettoinvestitionen im Budget 2026 bei 5.5 Mio. Sie erhöhen sich im Folgejahr auf 14.8 Mio. Franken. Grössere Projekte sind die Gesamtsanierung Bahnhof-/Engelbergerstrasse in Stans (2.7 Mio.), die Instandsetzung Wiesenbergstrasse (2.5 Mio.), der Radweg Wil-Dallenwil (2.0 Mio.) sowie die Gesamtsanierung der Bürgerstockstrasse (1.5 Mio.). Eine starke Entwicklung zeigt sich auch bei Darlehen für neue Betten in Pflegeheimen. Im Finanzplan 2027 sind es 4.6 Mio. und im Finanzplan 2028 rund 18.0 Mio. Franken. Die Höhe ist abhängig von der Anzahl darlehensberechtigter Pflegebetten und vom Baufortschritt.

Auf eidgenössischer Ebene stehen richtungsweisende Abstimmungen im Steuerbereich an, die mittel- bis langfristig Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben können. Am 28. September erfolgt die Abstimmung über die Abschaffung des Eigenmietwerts, am 30. November jene zur Erbschaftssteuerinitiative («Juso-Initiative»). Letztere sieht eine Besteuerung von 50 Prozent bei Nachlässen und Schenkungen von über 50 Mio. Franken vor. «Die Initiative hat bereits jetzt einen hohen Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz angerichtet. Die Unsicherheit bei vermögenden Personen ist sehr gross», betont Michèle Blöchli geruhigt und ergänzt: «Eine Annahme der Initiative hätte einen erheblich negativen Einfluss auf unseren Finanzhaushalt und Auswirkungen auf alle Bevölkerungsschichten.»

Im Weiteren beantragt der Nidwaldner Regierungsrat dem Landrat, das Kantonsreferendum gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung zu ergreifen. Diese Art der Besteuerung hätte ebenso markante Folgen für die Finanzen von Kanton und Gemeinden. Zudem würde ein unverhältnismässiger Aufwand bei der Veranlagung verursacht – sowohl bei den Steuerpflichtigen wie auch den Steuerbehörden. Ein Kantonsreferendum ermöglicht es diesen, eine Volksabstimmung über ein vom Parlament beschlossenes Bundesgesetz zu

verlangen. Für das Zustandekommen muss das Referendum von mindestens acht Kantonen unterstützt werden.

Die Aussichten werden momentan auch von den hohen US-Zöllen getrübt. Zwar wird in der Region derzeit kein Einbruch der Wirtschaft befürchtet, die sich abzeichnenden Wettbewerbsnachteile können aber eine Bremswirkung auf das Wachstum haben. In diesem Zusammenhang sieht Finanzdirektorin Michèle Blöchli ger gespannt den Auswirkungen der OECD-Mindeststeuer und der nationalen Ergänzungssteuer entgegen. Sie geht weiterhin davon aus, dass der Kanton von Steuer Mehreinnahmen von künftig jährlich 5 Mio. Franken profitieren wird, die wie bereits angekündigt zur Steuerentlastung von Familien und des Mittelstandes sowie zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nidwalden eingesetzt werden sollen.

RÜCKFRAGEN

Michèle Blöchli ger, Finanzdirektorin, Telefon +41 41 618 71 00, erreichbar am Donnerstag, 11. September, von 10.15 bis 11.00 Uhr.

Stans, 11. September 2025